

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Nuspliger	Nuspliger gibt Fallbeispiel ab. Bittet den ersten Teil durchzulesen. Schildert Fall mündlich für das Auditorium.	
		Fall: Die Einwohnergemeinde Thun (EG Thun) ist Eigentümerin eines Grundstücks. Sie räumt Konstrukta AG auf diesem Grundstück ein Baurecht ein. 3 Mte später reicht die Konstrukta ein Baugesuch bei der Gemeinde Thun ein. Im Zuge der Bauarbeiten stellt der archäologische Dienst des Kantons bronzezeitliche Funde fest und verfügt deren Feststellung und Untersuchung. Die in diesem Zusammenhang entstandenen Kosten stellt die Erziehungsdirektion des Kantons der Gemeinde Thun zu 50 %, ausmachend CHF 500 000 in Rechnung.	
		Sie sind der Anwalt der Gemeinde. Wie gehen sie vor? Was tut die Erziehungsdirektion?	Bei der Anordnung der Erziehungsdirektion dürfte es sich um eine Verfügung handeln.
		Was sind die Voraussetzungen einer Verfügung?	VwVG 5. Anordnung einer Behörde, im Einzelfall, einseitig, verbindlich, gestützt auf öffentliches Recht, welche eine Rechtsverhältnis regelt.
		Worauf stützt sich die Erziehungsdirektion?	Evt. auf das Denkmalspflegegesetz. .... das hab ich dabei. Denkmalsbegriff Art. 2
		Nehmen sie mal Art. 24	Marginalie: Wissenschaftliche Untersuchungen. „Die Kosten der Untersuchung trägt der Kanton. Gemeinden oder andere Trägerinnen und Träger öffentlicher Aufgaben beteiligen sich nach ihren finanziellen Möglichkeiten im Rahmen von 10 bis 50 Prozent an den Kosten, soweit das betreffende Grundstück in ihrem Eigentum steht und sie die Untersuchung verursacht haben. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.“
		Was sind also die Voraussetzungen, dass die Gemeinde bezahlen muss?	Die muss Eigentümerin des Grundstücks sein. Das ist sie. Aber vorliegend wurde der Rahmen (Beteiligung bis 50 %) vollständig ausgeschöpft. Evt. gibt es noch eine Verordnung die Näheres regelt. Vielleicht kann der Beitrag herabgesetzt werden.
		Ihre Aufgabe als Anwalt der Gemeinde ist es, alle möglichen Strategien prüfen. Die subsidiäre Strategie (Herabsetzung) ist nur eine Möglichkeit. Was wäre die maximale Strategie?	...dass die Gemeinde sich gar nicht an den Kosten beteiligen muss. Man könnte argumentieren, dass das Eigentum gar nicht mehr bei der Gemeinde liegt, da sie das Grundstück ja im Baurecht abgegeben hat..

	<p>Was ist denn ein Baurecht?</p> <p>Hat die Gemeinde die Untersuchung denn verursacht?</p> <p>Ist das eine taugliche Argumentation?</p> <p>Also hat die Einwohnergemeinde Thun die Untersuchung „verursacht“?</p> <p>Schauen sie in Art. 5 2 des Denkmalpflegegesetzes</p> <p>Wenn man eine Untersuchung verursacht haben soll, muss man ja auch die Möglichkeit haben, sie nicht zu verursachen. Wenn Thun das gewusst hätte, hätte sie das Baurecht u.U. gar nicht eingeräumt. Das Problem ist, dass das Grundstück nicht im archeologischen Inventar des Kantons vermerkt war. Es war also kein bewusster Entscheid der Gemeinde und kann der Gemeinde wohl auch nicht zugerechnet werden. I</p> <p>Wer ist die zuständige Instanz für die Einlegung eines Rechtsmittels?</p> <p>Was ist die üblicherweise die Rechtsmittelinstanz gemäss VRPG?</p> <p>Neuer Fall:</p> <p>Das Dorf Clavaryres (BE) möchte zum Kanton FR. (Gmde Murten) wechseln. Welche rechtlichen Voraussetzungen bestehen damit Gemeindefusion vollzogen werden kann.</p> <p>Ist das GG eine taugliche Grundlage</p> <p>Auf Kantonsebene braucht es eine Oblig. Volksabstimmung. Was braucht es auf kommunaler Ebene?</p> <p>Was ist genau der Gegenstand der Abstimmung im</p>	<p>Eine Dienstbarkeit. Ein beschränkt dingliches Recht.</p> <p>Nein, eigentlich wurde die Untersuchung durch die Bautätigkeit der Konstrukta AG verursacht.</p> <p>Nein, weil die Gemeinde der Konstrukta AG ja das Baurecht eingeräumt hat, im Wissen, dass auf dem Grundstück gebaut wird.</p> <p>Ja, ich denke schon.</p> <p>„Kanton, Gemeinden sowie Personen und Institutionen des öffentlichen und solche des privaten Rechts, die öffentliche Aufgaben erfüllen, haben in ihrer Tätigkeit Denkmäler zu erhalten und, wo das öffentliche Interesse an ihnen überwiegt, zu schützen.</p> <p>Das Denkmalpflegegesetz sieht keine spezifische Rechtsmittelinstanz vor. Demzufolge ist auf das VRPG zurückzugreifen.</p> <p>sehr wahrscheinlich das Verwaltungsgericht. Angefochten ist eine Verfügung der kant Erziehungsdirektion.</p> <p>Kantonsgebietsveränderungen in BE unterliegen gemäss Art. 61 I d KV der obligatorischen Volksabstimmung. Fusionen zwischen Berner Gemeinden bedürfen der Zustimmung der betreffenden Gemeinden und des Regierungsrates (Art. 108 Abs. 2 KV). Das weitere ist im Gemeindegesetz(GG) geregelt.</p> <p>Nein, das GG gilt nicht für eine „ausserkantonale“ Fusion.</p> <p>In Freiburg müsste auch eine gesetzlich Grundlage vorhanden sein. Zudem braucht es der Zustimmung der Einwohner in einer Abstimmungen und in Kenntnis der Umstände.</p> <p>Ob man dem dem Zusammenschluss zustimmen will.</p>
--	--	---

Datum: 19.12.2016

Uhrzeit: 09:35

Zimmernummer: 14

Kanton Bern. Über was wird abgestimmt? Wenn beide Gemeinden einverstanden sind.

Was ist der Rechtsakt, über den man abstimmt?

Braucht es noch die Zustimmung der Bundesversammlung?

Die Genehmigung der interkantonalen Vereinbarung.

Ja ,Art. 53 Abs. 3 BV.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Grädel	Grädel schildert einen Fall	
		F wird vom GP Müller von der Anschuldigung der sexuellen Nötigung freigesprochen. Aber wegen Vergewaltung verurteilt.	
		Der Privatkläger (PK) geht in Berufung. Was macht das Berufungsgericht?	Das Obergericht wird auf die Berufung nicht eintreten. Der PK verfügt betreffend die Sanktion kein schutzwürdiges Interesse.
		Weshalb fehlt es dem PK an der Legitimation?	Er hat ja insofern obsiegt, als der Beschuldigte verurteilt worden ist. Über die Höhe der Sanktion besteht kein schutzwürdiges Interesse. Der Strafanspruch liegt beim Staat.
		Was wäre wenn keine Strafe ausgesprochen worden wäre? Wäre dann der PK zur Berufung legitimiert?	Nein, wenn das Gericht von der Stafe Umgang nimmt, besteht ebenfalls kein Interesse des PKs.
		Ja, z.B. im Fall von 177 Abs. 2 und 3 StGB. Strafbefreiung wenn zur Beschimpfung Anlass gegeben oder bei Erwiderung der Beschimpfung. Was tut also das OG?	
		Aber man könnte auch anderes argumentieren da es eine Beweisfrage ist, ob 177 StGB (Beschimpfung) erfüllt ist.	
		Wie würden sie als Verfahrensleiter des OG umgehen wenn eine solche Berufung eingeht.	379 StPO. Sofort einen Nichteintretensentscheid fällen.
		Rechtliches Gehör der Parteien?	Nicht wenn es offensichtlich ist. Es gibt nur für die beschuldigte Person einen Vorteil.
		Und was ist mit Art. 403.2 StPO?	Ok, das muss ich meine Meinung revidieren. Das rechtliche Gehör muss immer gewährt werden vor der Verfahrenseinstellung.
		Annahme: Beschuldigter und StaW erheben je selbstständig Berufung. Freispruch gegen die zusätzliche Verurteilung wegen sex. Nötigung. Rechtskraft? Was müssen Sie als Verfahrensleiter als erstes tun?	Nur die Punkte prüfen die angefochten sind. Ansonsten erwächst das Urteil in formelle Rechtskraft. Die Berufungen sind den Gegenparteien zuzustellen mit der Aufforderung zu den Anträgen Stellung zu nehmen und Beweisanträge zu stellen.
		Frist?	Innert 20 Tagen seit Empfang Nichteintreten zu verlangen. 400.3 StPO
		Was gibt es für Nichteintretensgründe?	403 StPO. verspätet oder fehlende Prozessvoraussetzungen, unzulässige

		<p>2te Aufforderung von der Berufungskammer innert der gleichen Frist?</p> <p>Was passiert, wenn der Beschuldigte nach Berufungsanhebung verstirbt?</p> <p>Was kann mit der Anschlussberufung geltend gemacht werden</p> <p>Was passiert, wenn die Hauptberufung zurückgezogen wird</p> <p>Macht Anschlussberufung im vorliegenden Fall noch Sinn?</p> <p>Und für die Staatsanwaltschaft?</p> <p>Was passiert mit der erstinstanzliche Kostenliquidation und Entschädigung? Evt. Interesse der StW dass dem Beschuldigten trotz Freispruch die Kosten auferlegt werden und keine Entschädigung zugesprochen wird.</p> <p>Wie sieht es bei der PK aus? Könnte es auch bei ihr Sinn machen, das Verfahren auszuweiten?</p> <p>Kann sie 28 Mte Freiheitsstrafe fordern. StW hatte 24 Mte beantragt.</p> <p>Wo gibt es ein markantes Problem?</p> <p>Was muss oberinstanzlich berücksichtigt werden?</p>	<p>Berufungsgründe oder Prozesshindernisse.</p> <p>Beweisanträge? Anschlussberufung erheben?</p> <p>Einstellen mangels Prozessvoraussetzung.</p> <p>401 StPO. Keine selbstständige Berufung. Nicht auf den Umfang der Berufung beschränkt. Taktisches Instrument.</p> <p>Die Anschlussberufung fällt dahin. 401.3 StPO</p> <p>Nein. Für den Beschuldigten nicht.</p> <p>Für Sie könnte es allenfalls sinnvoll sein.</p> <p>399 4 f. StPO. Anschlussberufung wäre grundsätzlich möglich.</p> <p>399. 3 und 4 StPO. Ja, sie muss ebenfalls prüfen, ob es für sie Sinn macht.</p> <p>Die StW würde mehr fordern als im erstinstanzlichen Verfahren. Treuwidrig?</p> <p>Einelrichterliche Kompetenz überschritten. Man könnte die Nichtigkeit des Gerichts geltend machen.</p> <p>Verbot wenn 24 Mte überschritten.</p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Brönnimann	<p>Brönnimann schildert Fall:</p> <p>Ehepaar lässt sich scheiden. Sie haben eine Konvention unterzeichnet, die das Güterrecht und die Alimente regelt. Das Ehepaar hatte eine andere Rollenverteilung. Die Frau hat mehr verdient und verpflichtete sich zur Zahlung von Unterhaltszahlungen an ihr Ex-Mann. Nach einiger Zeit stellt der Mann fest, dass die Frau ihm 1 Mio Vermögenswerte verheimlicht hat.</p> <p>Was tun Sie als seinen Anwalt?</p> <p>Norm?</p> <p>Ist das unser Fall? Wo sind wir systematisch?</p> <p>Schauen Sie die Marginalie zu 127 ZGB. Wir sind bei der „Rente“. Bei erheblicher und dauernder Veränderung der Verhältnisse... Warum ist das nicht unser Fall?</p> <p>Ist das Verschweigen eine „Handlung“?</p> <p>Ja, das können wir so festlegen. Wie weiter?</p> <p>Reicht das?</p> <p>Zurück zum OR. Wann ist ein Vertrag „unwirksam“?</p> <p>Reicht es dass sie wissen, dass ihr Klient getäuscht wurde? Sie haben auch materiellrechtlich eine Frist!</p>	<p>Die Rechtmittelfrist ist abgelaufen nach der Genehmigung. Aber man kann das Scheidungsurteil abändern lassen, wenn sich die Verhältnisse seither grundlegend verändert haben.</p> <p>129 ZGB</p> <p>Im Scheidungsrecht? Familienrecht?</p> <p>Weil die Verhältnisse sich nicht verändert haben seit dem Urteil. Man könnte die Revision prüfen. 328 ZPO. Revisionsgründe.</p> <p>Güterrecht und Unterhalt unterstehen der Dispositionsmaxime. Die Konvention ist ein Vergleich. 328 I c ZPO ist einschlägig für die Aufhebung eines gerichtlichen Vergleichs wegen Willensmängel. Ich würde insbesondere absichtliche Täuschung geltend machen. Art. 28.1 OR. Täuschungshandlung, Täuschungsabsicht, Unverbindlichkeit für die getäuschte Partei.</p> <p>126 ZGB Aufklärungspflichten. Deshalb ist das Verheimlichen eine Täuschungshandlung durch Unterlassen.</p> <p>Kein Devolutiveffekt. Das Revisionsgesuch ist beim urteilenden Gericht einzureichen. 90 Tage seit Entdecken des Revisionsgrundes. Absolute Verjährungsfrist von 10 Jahren ist noch nicht abgelaufen. Das Gericht muss einen neuen Entscheid fällen.</p> <p>Nein, es braucht noch materielle Anträge in der Sache für den neuen Entscheid.</p> <p>23 ff OR. Es braucht einen wesentlichen Irrtum. Wann ein Irrtum vorliegt, ist in 24 ff. OR geregelt.</p> <p>31 OR. Die absichtliche Täuschung muss binnen Jahresfrist gegenüber Gegenpartei geltend gemacht werden.</p>

Wer zuständig ist für die Behandlung der Revision, haben Sie schon gesagt.

Was wenn es keine Scheidungskonvention gegeben hat? Normales Scheidungsurteil also.

Annahme: Die Kampscheidung wurde im Berufungsverfahren durch das OG entschieden. 328.1.c ZPO entfällt weil keine Klageanerkennung. Der Mann hat nun um sieben Ecken erfahren, ist sich aber nicht sicher, ob das zutrifft. Was tun sie als sein Anwalt?

Genau; Beweisführung über das Vorliegen solch erheblicher Tatsachen.

Wie ist die Sache zu beurteilen. Wenn der Mann ein Jahr später kommt mit der Idee, dass evt. was verheimlicht worden ist. Gibt es noch ein anderes Vehikel ausser der Revision?

Was würden Sie hier heranziehen?

Was darf man nicht aus den Augen verlieren?

Ja, Zuständig für die Beurteilung der Revision ist jenes Gericht, welches als letztes entschieden hat. Wenn es das OG war, ist das OG auch für die Revision zuständig.

Dann müsste ich einen anderen Revisionsgrund geltend machen können. Z.B. 328.1.a. ZPO: „nachträglich erhebliche Tatsachen erfährt oder entscheidende Beweismittel findet, die sie im früheren Verfahren nicht beibringen konnte; ausgeschlossen sind Tatsachen und Beweismittel, die erst nach dem Entscheid entstanden sind“. Es können also nur unechte Noven als Revisionsgrund vorgebracht werden, Gründe die damals zu einem anderen Entscheid geführt hätten.

Evt. ein Auskunftsbegehren stellen als Beweisantrag.

Ja, die Vorsorgliche Beweisführung gemäss Art. 158 ZPO.

Es besteht kein gesetzlicher Anspruch. Ich würde ein schutzwürdiges Interesse geltend machen und darlegen, dass dies für das Revisionsverfahren relevant ist.

Fristen.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli  (ist nicht sehr nett...)	<p>Gibt Fall ab. Und gibt Zeit zum Lesen und aufschreiben.</p> <p>Eckpunkte Nachkonstruiert: Frau X verkauft ihr Haus an ihre Tochter. Erlös: 80 000.00. Mit dem Geld kauft sie sich eine Eigentumswohnung.</p> <p>Welche Steuer kommt für Frau X in Frage</p> <p>Wo ist der Steueraufschub geregelt?</p> <p>Gibt es auf Bundesebene auch noch eine gesetzliche Grundlage?</p> <p>Kann der Kanton entscheiden, auf die Erhebung der Grundstückgewinnsteuer zu verzichten?</p> <p>Ist der 12er StHG massgebend?</p> <p>Wäre möglich, dass geregelt ist, dass diese erhoben werden <i>kann</i>?</p> <p>Ich wollte auf Art. 2 StHG hinaus... die Bestimmung verpflichtet die Kantone zur Erhebung einer Grundstückgewinnsteuer.</p> <p>Was antworten sie Frau X also?</p> <p>Was sind die Anlagekosten?</p> <p>Es gibt zwei Gruppen von Aufwendungen. Welche sind das?</p> <p>Wie werden die beiden Gruppen abgegrenzt? Wieso ist das wichtig?</p> <p>Gibt neuen SV ab...</p>	<p>Es handelt sich bei Frau X um eine natürliche Person, die ein Grundstück verkauft.</p> <p>Auf Stufe Bund: keine Steuer</p> <p>Auf Stufe Kanton: Grundstückgewinnsteuer. Evt. Aufschub da Kauf einer neuen Liegenschaft. Ersatzbeschaffung.</p> <p>Für Tochter (Erwerberin): evt. Handänderungssteuer</p> <p>126 ff StG</p> <p>ja, im StHG</p> <p>Nein, StHG macht verbindliche Vorgaben. Art. 12 StHG</p> <p>72 StHG regelt, innert welcher Frist die Kantone ihre Steuergesetze an das StHG angepasst haben müssen.</p> <p>?</p> <p>Der Erlös beträgt CHF 800000. Zunächst müssen die Anlagekosten abgeklärt werden.</p> <p>Erwerbspreis zzgl. Aufwendungen. Art. 137.1 StG.</p> <p>Unterhaltskosten (werterhaltende) oder wertvermehrnde Investitionen. In Art. 137.1 StG sind die wertvermehrnden Investitionen gemeint.</p> <p>Die werterhaltenden Investitionen können beim Einkommen, die wertvermehrnden Investitionen bei der Grundstückgewinnsteuer abgezogen werden.</p>



	<p>Es geht um ein Haus, das 2002 für CHF 400'000 gekauft und danach für CHF 20'000 renoviert worden ist.</p> <p>Was ist die Dument Praxis?</p> <p>Was wenn sie die Arbeiten 2008 hätte machen lassen?</p> <p>Was ist eine „vernachlässigte Liegenschaft“ im Sinne der Dument Praxis?</p> <p>Kennen Sie noch andere Kriterien?</p> <p>Die Dument Praxis wurde begründet durch ein Bger Urteil. Wie wurde die Praxis aufgegeben?</p> <p>OK. Zurück zum Fall. Die Dument Praxis lässt also keine Abzüge bei der Einkommenssteuer zu. Wie ist die Grundstückgewinnsteuer zu berechnen?</p> <p>Wie hoch ist der Rohgewinn? Und wie hoch der zu versteuernde Grundstückgewinn im vorliegenden Fall?</p> <p>Annahme: X kauft eine neue Wohnung für 560'000 und verkauft diese sogleich wieder für 650'000.</p> <p>Konkret?</p> <p>Richtig. Wie könnten Sie auch noch argumentieren? Annahme: Frau X ist nach dem Verkauf in eine Mietwohnung gezogen.</p> <p>Das ist etwas ärgerlich, oder? Im alten Haus, das sie mit Verlust verkauft hat, hat sie lange gelebt; im neuen Haus nur ganz kurz (aus welchen Gründen</p>	<p>Hier muss die Dument Praxis beachtet werden. Diese war damals noch in Kraft.</p> <p>Die Dument Praxis hat gesagt, dass bei Totalsanierung nur die Hälfte der „werterhaltenden“ Investitionen zum Abzug zugelassen wird. <i>Anm: Wer bisher eine im Unterhalt vernachlässigte Liegenschaft kaufte und diese innert fünf Jahren nach dem Erwerb renovierte, konnte die entsprechenden Unterhaltskosten sowohl bei den Bundes- wie auch bei den kantonalen Einkommenssteuern nur teilweise zum Abzug bringen</i></p> <p>Dann hätten sämtliche Renovationskosten vom Einkommen abgezogen werden können. Die Praxis galt nur während 5 Jahren nach dem Kauf.</p> <p>Kriterien sind der Erwerbspreis und sofortige Investitionen.</p> <p>.....</p> <p>Das weiss ich nicht. <i>Anm: die Dument Praxis wurde per 1.1.2009 (BE), bzw. Per 1.1.2010 (Bund) aufgegeben.</i></p> <p>Veräusserungspreis minus Anlagekosten und Investitionen minus Besitzessteuerabzug</p> <p>Veräusserungserlös minus Anlagekosten und Investitionen = Rohgewinn. Vorliegend betrug der Veräusserungserlös (CHF ?) die Anlagekosten (CHF ?) und Investitionen (CHF ?). Das ergibt einen Verlust von CHF 70'000. Es wird also keine Grundstückgewinnsteuer erhoben. Die Besitzesdauer spielt keine Rolle</p> <p>Der Grundstückgewinn bzw der Rohgewinn beträgt CHF 90'000. Minus Besitzesdauerabzug und Verlustanrechnung (143 StG), plus Zuschlag für kurze Haltedauer.</p> <p>Kein Besitzesdauerabzug da kurze Haltedauer. Verlustanrechnung 70'000 aufgrund des vorangehenden Hausverkauf. Plus Zuschlag für kurze Haltedauer (70 %).</p> <p>Vom ersten Grundstück zum zweiten = Steueraufschub infolge Ersatzbeschaffung.</p> <p>144 StG. Ja, bei einem Hausverkauf mit Gewinn hätte sie 16 J Besitzesdauerabzug geltend machen können....</p>
--	--	--

Datum: 19.12.2016

Uhrzeit: 09:35

Zimmernummer: 14

auch immer).

Auf dem ganzen Gewinn.

Auf dem Grundstücksgewinn.